Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Fr. eital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
93. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers

Nr. 224 — **Freitag, den 25. September** — **1931**

Brüning läßt Herrn Dingeldey antworten

Zu den Ausführungen Dr. Dingeldeys vor der Presse in Hamburg — wir haben gestern darüber berichtet — schreibt die „Germania" u. a.: Die Ausführungen des Führers der Deutschen Volkspartei sind dazu angetan, erhebliche Verwunderung zu erregen und zwar umsomehr, als der Regierung der Vorwurf gemacht wird, sie habe nichts getan. Wenn Dr. Dingeldey etwa auf die angestrengten Maßnahmen der Reichsregierung in der schweren Julikrise anspielen sollte, so dürfte die Meinung der Volkspartei sachlich nicht haltbar sein. Wenn wir aber die letzte Zeit im Auge haben, dann wird Herr Dingeldey uns darin nicht unrecht geben, daß die Reichsregierung ihre kommenden Beschlüsse für den Winter in keiner Weise überstürzen darf, sondern die Pflicht hat, diese ihre weitgehenden Maßnahmen unbedingt mit der notwendigen Sorgfalt zu überlegen. Wir dürfen Dingeldey versichern, daß es der Regierung durchaus nicht an dem entschlossenen Willen zur Führung mangelt, an dem das Volk Anspruch hat. Wenn aber schon jetzt Maßnahmen in Hinsicht auf die englische Regierung verlangt werden, so dürfen wir darauf verweisen, daß die Regierung erst dann handeln kann, wenn sich solche Auswirkungen auf dem deutschen Markt zeigen.

Ganz unverständlich ist uns der Hinweis darauf, die Regierung habe sich durch besondere Rücksichten auf sozialdemokratische Wünsche leiten lassen. Wenn Dingeldey die Ankündigung einer Verordnung über die Einsetzung außerordentlicher Gerichte gegen Terrorakte und Mißwirtschaft besonders nennt, um Beeinflussungen zu wittern, so weisen wir darauf hin, daß noch neulich sogar die Nationalsozialisten von der Regierung ein entschiedenes Einschreiten gegen die sich immer mehr häufenden Terrorakte verlangt haben und daß es aus sachlichen Gründen um den inneren deutschen Frieden und um die Ueberstehung dieses schweren Winters allerhöchste Zeit ist, dem Terror und der Mißwirtschaft schärfsten Kampf anzusagen.

Wieder mal

Wie das „B. T." mitteilt, sind in der letzten Zeit sehr lebhafte Bestrebungen im Gange, ein neues Parteigebilde ins Leben zu rufen, das von der Staatspartei bis zu den Volkskonservativen reichen soll. Es würde sich danach um eine Verschmelzung der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Christlichsozialen, der Volkskonservativen und eventuell auch des Christlichen Landvolkes handeln. Bisher ist über Besprechungen dieser Art in der Oeffentlichkeit aber noch nichts bekanntgeworden.

Neue sozialistische Splitterpartei

Die im Verlag der „Freien Verlagsgesellschaft" erscheinende „Fackel", das Organ der Linksopposition um Seydewitz in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wird, wie man hört, heute eine neue Nummer herausbringen. Das bedeutet, daß die Gruppe um Seydewitz nicht gesonnen ist, sich dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom Dienstag zu unterwerfen, wonach die Mitarbeit an der „Freien Verlagsgesellschaft" mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar sei. In den Kreisen der Sezession spricht man bereits von der Gründung einer neuen Partei, die den Namen „Sozialistische Arbeiterpartei" erhalten soll. Seydewitz und seine Mannen hoffen auf Zuzug sowohl aus der sozialdemokratischen wie auch aus der kommunistischen Partei. Die neue Bewegung braucht sich nicht unmittelbar gegen die SPD. zu richten, wenn der Parteivorstand von Maßregelungen absieht. Es steht allerdings zu erwarten, daß der Parteiausschuß die sieben Widerspenstigen ausschließen wird.

Was bringt das Winter-Notprogramm der Reichsregierung?

Bekanntgabe nächste Woche

In der neuen Notverordnung, die voraussichtlich nächste Woche veröffentlicht werden wird, spielt die Senkung der Hauszinssteuer eine besondere Rolle. In dem Entwurf, wie er jetzt dem Kabinett vorliegt, ist eine Ermäßigung dieser Steuer von 46 auf 34½% vorgesehen. Dadurch wird eine gewisse

Senkung der Mieten

erzielt, die aber nicht allein den Mietern zugute kommen, sondern auch für die Festsetzung des neuen Mietzinses einen gewissen Spielraum schaffen soll.

Aehnlich wie die jüngst erlassene preußische Notverordnung wird die Reichsnotverordnung Bestimmungen über die

Herabsetzung der Pensionsgrenze und die Beförderungssperre für Beamte

enthalten. Die Höchstpensionsgrenze dürfte dabei von 80 auf 75% des Höchstgehalts, das mit der letzten Dienststelle verbunden war, gesenkt werden.

Soweit von der neuen Notverordnung das Arbeitslosenunterstützungswesen betroffen wird, handelt es sich dabei um die

Ablösung eines Teils der Barunterstützung durch die Naturalverpflegung.

Große Unklarheit herrscht noch über die vom Kabinett angekündigte Einsetzung von Sondergerichten auf dem Verordnungswege, eine Maßnahme, die ebenfalls in das Winterprogramm der Reichsregierung hineingearbeitet werden soll. Nachdem aber Bayern gegen dieses Vorgehen Einspruch erhoben und auch bei andern Ländern mit dieser seiner ablehnenden Haltung Anklang gefunden hat, sind Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländervertretungen notwendig geworden, ehe in dieser Frage das letzte Wort gesprochen wird. Das um so mehr, als ja das Reich die Absicht hat, die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den einzelnen Länderregierungen zu überlassen.

Die eigentlichen Schwierigkeiten für die Reichsregierung werden nach Verkündung der Notverordnung einsetzen, wenn es sich darum handeln wird, eine parlamentarische Mehrheit für die Sanktionierung der Regierungsmaßnahmen zu finden.

Die ausschlaggebende Frage ist, wie sich die Parteien zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen verhalten werden. Die Reichsregierung wird zweifellos alle Mittel aufbieten, um diese Parteien und parlamentarischen Gruppen der „rechten Mitte" bei der Stange zu halten. Es wird sowohl in Links- wie in Rechtsblättern behauptet, daß die Volkspartei das Kabinett Brüning fürderhin nur dann noch zu stützen bereit sei, wenn ihr innerhalb des Kabinetts weit größerer Einfluß eingeräumt werde als bisher. Es handle sich, praktisch genommen, darum, den volksparteilichen Führer, Abgeordneten Dingeldey, unter gleichzeitiger Betrauung mit dem Amte des Vizekanzlers in das Reichsjustizministerium oder Reichsinnenministerium hineinzubringen. In den Kreisen der Linken glaubt man, daß eine solche Wendung, wenn sie zur Tatsache werden sollte, nicht ohne tiefgehende Einwirkung auf den inneren und äußeren Kurs des Kabinetts Brüning bleiben könnte.

Prof. Wegeners Gefährten von der Grönland-Expedition wieder in der Heimat

Die erste Aufnahme der nach Kopenhagen zurückgekehrten Forscher Dr. Georgi (links) und Dr. Sorge (rechts) nach ihrer soeben erfolgten Ankunft in Kopenhagen. Die beiden Gelehrten gehörten zur Expedition des deutschen Forschers Prof. Wegener, der bekanntlich den furchtbaren Entbehrungen der Expedition, die über die Gletscher Grönlands bei teilweise 60 Grad Kälte führte, erlag. Die Forscher haben in einer Höhle im Inlandeis mehr als 300 Tage unter den grausamsten Entbehrungen zugebracht. — In der Mitte auf dem Bilde der bekannte Grönlandschriftsteller Peter Freuchen.

Der Reichsrat ist mit der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung einverstanden

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag mit Mehrheit ohne wesentliche Abänderungen die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Regierung wegen Verkürzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon Erfolg gehabt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustande komme, werde die Regierung dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zuließen, von ihrem Rechte Gebrauch machen und im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrates die Arbeitszeit herabsetzen müssen. Die Durchführungsbestimmungen regeln sowohl die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden als auch die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich. Insbesondere wird dabei die Einwirkung der zu erlassenden Einzelverordnungen auf die schon bestehenden Tarifverträge behandelt, und zwar sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit als auch hinsichtlich der Lohnhöhe. In letzterer Hinsicht sehen die Bestimmungen grundsätzlich eine Lohnverkürzung entsprechend der Arbeitszeitverkürzung vor. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstige Regelung zugunsten des Arbeitnehmers schon vorgesehen war, soll daran festgehalten werden.

Abbau der Spitzengehälter in der Privatindustrie

Im Reichsjustizministerium wird zurzeit ein Entwurf ausgearbeitet, der den Privatgesellschaften die Möglichkeit geben soll, Angestelltenverträge, auch wenn sie über einen längeren Zeitraum oder lebenslängl-